

Schwerpunktepapier der Bundesschülervertretung 2025/26



Zukunftsfähige Unterrichtsgestaltung

Wörterbuch, Duden, Taschenrechner, Geogebra. Für manche selbstverständliche Hilfsmittel im Unterricht, bei Schularbeiten und der Matura und für manche andere Fremdwörter. Derzeit werden wir in unseren Schulen unterschiedlich auf die Matura vorbereitet. Während manche bei der Matura nur die Hälfte der Zeit brauchen, um einen Text per Computer zu schreiben, kämpfen andere dreimal so lange mit der Füllfeder. Wir sehen die Notwendigkeit, die Schüler:innen Österreich einheitlich auf das Leben nach der Matura vorzubereiten.

Deshalb fordert die Bundesschüler:innenvertretung:

- die flächendeckende Einführung eines zentralen digitalen Tools, über das Schüler:innen ihren Stundenplan jederzeit einsehen können (z. B. *WebUntis*),
- die Bereitstellung eines benutzerfreundlichen Systems zum Abrufen von Noten und Leistungsständen (z. B. ein LMS, wie es in Berufsschulen bereits erfolgreich eingesetzt wird)
- die flächendeckende Integration digitaler Endgeräte und den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Unterricht
- verstärkte Aufklärung über die Gefahren bei der Nutzung digitaler Endgeräte,
- verpflichtende Workshops zum Thema Künstliche Intelligenz ab der Sekundarstufe I,
- eine österreichweite Förderung für moderne Hardware (z. B. für technische Fächer), um Schulen zeitgemäß auszustatten und einen einheitlich hohen Standard in allen Bildungseinrichtungen sicherzustellen.
- Flächendeckender kostenloser Internetzugang in allen Schulen für Schüler:innen und Lehrer:innen
- Verpflichtende Lehrer:innenfortbildung zum Thema Künstliche Intelligenz und Digitalisierung
- Die Möglichkeit, für die ausreichende Stromversorgung der Schüler:innen in Klassenstärke
- Die Möglichkeit eines online Unterrichts, wenn Schüler:innen verhindert sind am Unterricht in Präsenz teilzunehmen, aber kognitiv in der Lage sind dem Unterricht zu folgen
- Das Recht auf digitale Mitschriften ab der Sekundarstufe 1
- Die verpflichtende Bereitstellung von digitalen Schulbüchern ab der Sekundarstufe 1.
- Einheitliche zu erfüllende Standard von digitalen Schulbüchern in Schulen, ab Sekundarstufe 1, im Punkt Interaktivität, etc.

- Den flächendeckenden Ausbau des Kurses ICDL als Freifach, ab der Sekundarstufe 1
- Die verpflichtende Einführung von kostengünstigen Druckangeboten in den Schulen für jede:n Schüler:in.
- Ausbau der KI Pilotschulen österreichweit.
- An jeder Schule mindestens zwei verpflichtende Lehrpersonen, die speziell dafür ausgebildet sind, in einem freiwilligen Angebot Softskills zu vermitteln.
- Softskill-Workshops, die im Abstand von zwei Jahren für die jeweilige Klasse angeboten werden.

Individualisierung und Berufsbildung

Seit Jahren wird immer wieder über die Individualität jedes/r einzelnen Schüler:in debattiert. Unser Ziel ist es das Schulsystem offener zu gestalten, so dass Schülerinnen im Laufe ihrer Schullaufbahn Talente, Begabungen, Stärken und Schwächen selbst herausfinden und dort gezielt ansetzen können. Die gezielte Förderung von Begabten halten wir für selbstverständlich. Durch die frühzeitige Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein und Selbstständigkeit wollen wir in der Schule bereits den Grundstein für das weitere Leben legen.

Deshalb fordert die Bundesschüler:innenvertretung:

- Die Einführung von schulinternen Katalogen zur Aufklärung und Information bezüglich weiterer Studiengänge und Berufsmöglichkeiten.
- Verpflichtende Anpassung der Unterrichtsinhalte für Personen mit Teilleistungsschwächen
- die Ausweitung und Förderung des Flexsystems (am Beispiel des Gymnasium Dachsberg sowie der HTL Andorf) auf alle Schulen in Österreich die Anpassung der Dauer der Unterrichtseinheiten gemäß §4/1 des SchZG, sowie die notwendige Überarbeitung des Lehrpersonendienstrechts zur rechtlichen Ermöglichung des Flexsystems Fort- & Weiterbildungen für Lehrpersonen zum Unterricht im Flexsystem
- Die Einführung der Modularen Oberstufe (MOST) in den allgemeinbildenden höheren Schulen, mit verpflichtenden Grundmodulen, um das Basiswissen abzudecken.
- Die flächendeckende Einführung des Drehtüren Modells ab der Sekundarstufe 1 um die individuelle Förderung der Interessen und Talente zu gewährleisten, durch den Besuch in einem anderen Unterrichtsgegenstand oder der Durchführung von Projekten am Schulgelände in Aufsicht einer Lehrperson.
- Angebot eines Freifachs ab der Sekundarstufe 2 in allgemeinbildenden höheren Schulen mit dem Schwerpunkt auf Berufs- und Zukunftsbildung.
- Förderung von außerschulischem Engagement und besonderen Leistungen durch Freistellung des Unterrichts (z.B. Wettbewerbe, Politisches Engagement, etc.)

Medienkunde und Demokratiebildung

Jugendliche dürfen mit 16 Jahren wählen gehen, sie dürfen über die nächsten Entscheidungsträger des Landes bestimmen und trotzdem hört man zu oft den Satz: „Eigentlich kenne ich mich mit Demokratie und Politik gar nicht aus“. Das Wahlrecht wird als selbstverständlich angesehen, nachdem wir so viele Jahre dafür gekämpft haben, sinkt die Wahlbeteiligung von Jahr zu Jahr. Die Jugendlichen haben teils das Vertrauen in die Politik verloren und genau jetzt ist der Zeitpunkt, an dem wir ansetzen müssen.

Deshalb fordert die Bundesschüler:innenvertretung:

- (Unterrichtsfach Demokratiebildung - wird noch abgeklärt)
- Mindestens ein Verpflichtender Besuch in einer KZ-Gedenkstätte in der Sekundarstufe 1 als auch in der Sekundarstufe 2.
- Verpflichtende Auseinandersetzung mit Extremismus im Unterrichtsfach Geschichte und politische Bildung (Links- und Rechtsextremismus, extremistisches Gedankengut)
- gratis Zugang zu online Medien in Klassenstärke ab der Sekundarstufe 1
- Verpflichtender und geförderter Besuch mindestens einer Politischen Institution (Land, Bund, Europa) zur Vermittlung von Demokratieverständnis in der Sekundarstufe 2
- Erweiterung der Lerninhalte um eine europäische Perspektive zur Stärkung eines europäischen Bewusstseins zu schaffen
- Mindestens einen europabeauftragten Lehrer pro Schule der Workshops, Infosheets und sich den Themenaueinandersetzung Europas widmet

Mentale Gesundheit

Psychische Gesundheit ist kein Randthema, sie ist die Grundlage für erfolgreiches Lernen, für Motivation und für ein gesundes Aufwachsen. Immer mehr Studien zeigen, dass Stress, Leistungsdruck und Unsicherheit zu den größten Belastungen für Jugendliche gehören. Trotzdem sind Schulen noch viel zu selten Orte, an denen man offen über mentale Gesundheit sprechen kann und wo rechtzeitig Hilfe angeboten wird. Wer täglich mit Prüfungen, Hausübungen und Erwartungsdruck konfrontiert ist, braucht nicht nur Lernstoff, sondern auch Strategien, um mit diesen Herausforderungen umzugehen.

Wir müssen endlich anerkennen: Mentale Gesundheit ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit und sie verdient denselben Stellenwert im Bildungssystem.

Deshalb fordert die Bundesschüler:innenvertretung:

- Flächendeckende Implementierung von Mental Health Jugendcoaches, diese mindestens zwei Mal pro Woche die Schule besuchen
- Einbindung des Jugendcoaches/Schulsozialarbeiterin/Schulpsychologin in den Unterricht mindestens ein Mal im Semester um das Thema Mental Health zu enttabuisieren
- Näher bringen von Unterstützungseinrichtungen (Rat auf Draht, Gesund aus der Krise) im Unterricht
- Ausbau der Schulpsychotherapie, Schulpsychologie, Jugend Coaches, Schulsozialarbeiter:innen und Vertrauenslehrer:innen
- Vertrauliche Anmeldemöglichkeit bei der Schulpsycholog:in (z.B. in Form von einem anonymen Link)
- (Format finden für Personen denen es psychisch nicht so gut geht - Abgaben separat und trotzdem zu einer Beurteilung kommen.)

Wirtschafts- und Finanzbildung

Ob Handyvertrag, Studienfinanzierung oder der erste eigene Mietvertrag – junge Menschen treffen schon früh Entscheidungen mit weitreichenden finanziellen Folgen. Trotzdem fühlen sich viele unvorbereitet, wenn es darum geht, mit Geld verantwortungsvoll umzugehen. Während komplexe Rechenaufgaben und literarische Analysen selbstverständlich Teil des Unterrichts sind, bleibt das Wissen über Steuern, Versicherungen oder Schuldenfallen oft auf der Strecke. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und steigender Lebenshaltungskosten ist es unerlässlich, dass Schüler:innen die notwendigen Kompetenzen erwerben, um eigenständig, reflektiert und verantwortungsvoll handeln zu können.

Deshalb fordert die Bundesschüler:innenvertretung:

- Einführung des Unterrichtsfaches Wirtschafts- und Finanzbildung in allen allgemeinbildenden höheren Schulen ab der Sekundarstufe 2
- Angebote eines zusätzlichen Freifaches „lebenspraktische Finanzplanung“ (mit den Schwerpunkten auf Miete, Strom, Gas, Heizung, etc.) ab der Sekundarstufe 2
- die Möglichkeit, im Rahmen eines Wahlpflichtfaches an allgemeinbildenden höheren Schulen einen Kurs für die Absolvierung der Unternehmerprüfung der WKO zu besuchen, hier sollen die Module A, B, C und UP des Unternehmerführerscheines im Unterricht vorbereitet werden
 - Lehrpersonen, die dieses Wahlpflichtfach unterrichten, brauchen eine eigene Ausbildung.
- Eine Exkursion im Zuge des Freifaches „lebenspraktischen Finanzplanung“ oder dem Unterrichtsfach „Wirtschafts- und Finanzbildung“ in einen wirtschaftlichen